

## Herbert Schmalstieg: Reaktionen Deutschlands auf den Militärputsch in Griechenland

Was war das für ein 21. April 1967. Man konnte es nicht fassen, das Militär übernahm die Macht in Griechenland, hob alle wesentlichen Artikel der Verfassung auf, proklamierte den Notstand, seitdem herrschte die Militärdiktatur. Und das in einem Mitgliedsland des Europarates, das seit 1961 ein Assoziierungsabkommen mit der EWG hatte und Mitglied des NATO-Bündnisses war. Die Obristen liquidierten die Demokratie.

Die hier Anwesenden sind alle Kenner der griechischen Geschichte, besonders die, in der Zeit vor und während der Diktatur.

Dennoch muss man immer wieder in Erinnerung rufen, dass es den reaktionären Kräften in Griechenland nicht gefiel, dass am 16. Februar 1964 die Zentrumsunion unter Führung von Georg Papandreou die absolute Mehrheit in Stimmen und Parlament (53 % und 171 Abgeordnete) erhielt und ein reales wirtschaftliches und soziales Programm zur Reform der griechischen Gesellschaft schuf, und es erregte die Reaktion so, dass Papandreou am 15. Juli 1965 aus dem Rundfunk erfuhr, dass der König ihn abgesetzt hatte. Es folgte die Periode der 15-tägigen Regierungen. Und als Neuwahlen nicht mehr zu verhindern waren und am 28. Mai 1967 vorgesehen waren, die Papandreou mit Sicherheit gewonnen hätte, schlug am 21. April das Militär zu und setzte die Notstandsgesetze aus dem Jahr 1912 in Kraft. Die seinerzeitige portugiesische diktatorische Staatsform bezeichneten die Obristen als ihr Vorbild.

Von den 300 Parlamentsabgeordneten wurden 120 verhaftet, 8.500 Bürger, Politiker, Parteimitglieder, Wissenschaftler, Künstler und Studenten verhaftet und in Konzentrationslager auf einsame Inseln deportiert. Regierung, Verwaltung und Justiz waren gleichgeschaltet. Die Armee duldet keine Kritik, Zeitungen, Briefe wurden zensiert.

Alle, die nicht mit dem Regime einverstanden waren, wurden als Kommunisten, Bestien, Gegner der Nation oder gefährliche Verbrecher beschimpft. Peter Raunau überschrieb die Lage am 22. April 1967 in der Hannoverschen Presse mit „Afrika in Griechenland“.

Warum führe ich das so aus. Weil das, was vor 50 Jahren in Griechenland geschah, sich immer wiederholt. Ganz aktuell zurzeit in der Türkei. Zwar wurde der Militärputsch vom 15./16. Juli 2016, wer immer ihn inszeniert hat, niedergeschlagen, aber, was wir jetzt dort erleben, ist ein Putsch von oben und der Präsident führt das Land Schlag auf Schlag in eine Präsidialdiktatur.

Verhaftungen von Tausenden Gewerkschaftern, Journalisten, Politikern, Parlamentsabgeordneten, Entlassung von Juristen, Richtern, Staatsanwälten, Verwaltungsmitarbeitern, die Inhaftierung von

freigewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und die Einsetzung von Staatskommissaren in den Städten und die Verfolgung von Kurden und Aleviten zeigen ein Bild der Unfreiheit und Willkür.

Wo ist da der Unterschied zu 1967 in Griechenland?

Damals wie heute müssen wir aufstehen, uns zu Wort melden und gegen Unfreiheit, Unterdrückung kämpfen, ganz gleich, wo diese stattfindet. Die Unterdrückten und Verfolgten, die aus politischen Gründen Inhaftierten brauchen unsere Solidarität, die internationale Solidarität. Totalitäre Machthaber müssen geächtet werden.

Wie war das mit der Ächtung 1967 nach dem Militärputsch durch das Ausland?

Die überwiegende Zahl der europäischen Nationen und die EWG lehnten das Regime in Athen ab. Die USA zeigten sich anfangs reserviert, stellten die Militärhilfen an Griechenland ein, änderten sehr schnell ihre Haltung – brauchten Griechenland als Militärstützpunkt -. Im Januar 1968 erkannten die USA, kurz danach Großbritannien und die Ostblockstaaten das Regime an. Vorher hatte bereits die Türkei die neue Regierung anerkannt. Selbst die DDR nahm noch 1973 diplomatische Beziehungen zu der neuen Regierung auf. US Militärhilfe fand wieder statt, während Willy Brandt bei einer Zwischenlandung in Athen die Maschine nicht verließ, besuchte der US-amerikanische Vizepräsident Spiro Agnew offiziell Athen.

In Europa exponierten sich besonders die skandinavischen Staaten und Dänemark. Die Niederlande verklagte die Junta im September 1967 vor der Europäischen Kommission für Menschenrechte des Europarats. Griechenland kam einer Verurteilung zuvor, indem es den Austritt aus dem Europarat erklärte.

In Deutschland waren es vor allem die SPD und die Gewerkschaften, die klare Positionen bezogen. In Nordrhein-Westfalen mit dem damaligen Justizminister Dr. Josef Neuberger, in Bayern, Hessen und in Niedersachsen.

Nach den Ausführungen von Ulrich Schöler will ich den Widerstand gegen das Obristen Regime am Beispiel hannoverscher Aktivitäten aufzeigen.

In Hannover wurde unmittelbar nach der Machtübernahme durch die Obristen die „Aktionsgemeinschaft Freiheit und Demokratie für Griechenland“ gegründet, von den Jungsozialisten in Verbindung mit der Sozialistischen Jugend Die Falken und der im März 1967

gegründeten Sektion Hannover der Griechischen Zentrumsunion, die bereits nach vier Monaten 110 Mitglieder bei 4.000 in Hannover lebenden Griechen hatte.

Die Arbeitsgemeinschaft wurde unterstützt vom Bundesvorstand der IG Chemie, Papier, Keramik, hier sind Hermann Rappe und Hinrich Oetjen besonders zu nennen, und der Niedersächsischen Landesregierung, deren Sozialminister Kurt Partzsch, die Schirmherrschaft für die Gemeinschaft übernahm. Ich selbst war als Vertreter der Jungsozialisten Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft, meine Vertreter Günther Richta von den Falken und Stelios Joannidis, ein in Hannover studierender Grieche, von der Zentrumsunion.

Joannidis promovierte später in Hannover, ging zurück nach Griechenland und wurde später Präsident der Hochschule in Thessaloniki.

Im Rahmen einer Veranstaltung der Zentrumsunion vor 300 griechischen Zuhörern mit dem Vorsitzenden der Zentrumsunion in der BRD Georg Voukelatos sicherten die hannoverschen Jungsozialisten (durch Schmalstieg) den griechischen Demokraten jegliche Unterstützung zu. „Wo Rechtlosigkeit, Verfolgung und brutale Gewalt herrschten und politische Gegner in Konzentrationslager verbannt werden, werden die Jungsozialisten nicht tatenlos zusehen. Die Machthaber in Griechenland hätten wohl übersehen, dass Griechenland in der freien Welt gebunden sei.“ Darüber hinaus forderten die Jungsozialisten, dem Athener Regime keinerlei Wirtschafts- und Militärhilfe zu gewähren.

Am 27. Jahrestag des 28. Oktober 1940, an dem sich das griechische Volk energisch gegen den Faschismus und für eine freiheitliche demokratische Ordnung ausgesprochen hatte, veranstalteten Jusos und Falken, an diesem 28. Oktober 1967, in Hannover Aktionen mit Infoständen und Flugblattverteilungen. Leider konnten die Freiheitskämpfer des 28. Oktobers 1940 der drückenden Übermacht der Nationalsozialisten nur acht Monate standhalten.

Mit den Aktionen forderten wir die hannoversche Bevölkerung auf, sich mit den skandinavischen Ländern und den Niederlanden und der SPD Bundestagsfraktion, der Abneigung gegen das Militärregime anzuschließen.

Wir forderten: Meinungs- und Gewissensfreiheit für alle Griechen, die Freilassung aller demokratischen Politiker aus der Haft, die Bildung einer demokratischen griechischen Regierung, die Einstellung sämtlicher Wirtschafts- und Militärhilfe. Die Aktion erhielt große Zustimmung, auch in den Medien.

Und es gab Aktionen vor dem griechischen Honorarkonsulat. SPD Ratsmitglieder sagten die Teilnahme an einer Festveranstaltung, zu der der griechische Konsul Kurt Beindorff eingeladen hatte ab und der Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Bürgermeister Otto Barche, im Hauptberuf

Geschäftsführer der örtlichen IG Chemie, nutze einen Empfang für eine Jugendgruppe aus Griechenland dazu, den jungen Menschen Parallelen zwischen der Nazi-Diktatur und dem Obristen Regime aufzuzeigen.

Das war notwendig, denn die Junta schickte Ideologen in die deutschen Betriebe, verstärkte die Konsulate personell, entsandte zusätzliche linientreue Lehrer für den muttersprachlichen Unterricht in die deutschen Schulen.

Die rund 4.000 Griechen in Hannover brauchten die Unterstützung. Viele der Griechen arbeiteten in hannoverschen Chemie-Betrieben.

Die IG Chemie, Papier, Keramik stellte einen hauptamtlichen griechischen Gewerkschaftssekretär ein. Das hannoversche Aktionsbündnis sammelte Geld, um damit Angehörige der in Griechenland inhaftierten Studenten und Politiker zu unterstützen.

Beispielhaft ist auch das Verhalten des Bayrischen Rundfunks, der durch seine Berichte griechischen Flüchtlingen in ganz Europa auch über die Deutsche Welle Kraft und Unterstützung gab.

Das starke Engagement der SPD zeigte sich auch auf dem SPD Bundesparteitag 1968 in Nürnberg. Hans Apel und Adolf Arndt berichteten über die Delegationsreise der SPD Bundestagsfraktion nach Griechenland, stellten ihre Forderungen zu einer neuen Verfassung, es wurde über das Assoziierungsabkommen, die Streichung der Wirtschafts- und Militärhilfe diskutiert. Als Delegierter des Parteitages konnte ich der EntschlieÙung zur Lage in Griechenland zustimmen.

Sie entsprach im Wesentlichen unseren hannoverschen Forderungen. Die Verurteilung des Militärputsches, die Solidarität mit dem stummgemachten griechischen Volk, den Tausenden Opfern. Die Forderung nach der Freilassung der politischen Gefangenen, die Aufhebung des Ausnahmezustandes, Beseitigung der Zensur, die Wiederanerkennung der Menschenrechte und die Einhaltung der von Griechenland übernommenen demokratischen Verpflichtungen des Europarates, der EWG und der Nato. Einstellung der Waffenlieferungen an Griechenland und Suspendierung der im Rahmen der Nato gewährten Waffenhilfe.

Gern hätte ich mir die komplette Einstellung aller Wirtschafts- und Militärhilfen und die totale Suspendierung der NATO Mitgliedschaft gewünscht, aber die Resolution insgesamt zeigte Wirkung.

Heute wünsche ich mir so klare Worte von meiner SPD zur Lage in der Türkei wie wir sie damals zu Griechenland gefunden haben.

Und ganz wichtig auf dem 68er Parteitag war die Initiative des Schatzmeisters Alfred Nau, einen Internationalen Solidaritätsfonds einzurichten, um besonders den Menschen in Vietnam und Griechenland zu helfen.

Es war nötig den in Griechenland brotlos gewordenen Menschen zu helfen, aber auch diejenigen, die im Exil lebten, brauchten Hilfen.

Einige konnten flüchten oder nach der Freilassung ausreisen. Denen, die im Ausland lebten, konnte, wie der Schauspielerin Melina Mercouri, die Staatsbürgerschaft entzogen werden. Die Reaktion von Mercouri: „Ich bin als Griechin geboren und werde als Griechin sterben. Herr Pattakos ist als Faschist geboren und wird als Faschist sterben.“

Ich sprach bereits über den Solidaritätsfonds der SPD, über Einzelunterstützungsaktionen in Hannover, erinnere mich an Begegnungen mit Mikis Theodorakis während der Junta Zeit, zuletzt im Jahr 1973, dann später nach Ende der Diktatur bei von der Gewerkschaft unterstützen Theodorakis Konzerten und Mikis Theodorakis unterstützte mich als Dank für unseren Einsatz gegen die Diktatur zusammen mit Maria Farantouri im Jahr 1996 durch ein Konzert vor der Kommunalwahl 1996 in Hannover. „Mikis Theodorakis für Herbert Schmalstieg“. Und natürlich besuchte er auch die EXPO 2000 in Hannover.

Nach der Machtergreifung am 21. April 1967 regte sich der Widerstand in Deutschland. Deutschland entwickelte sich zum Zentrum der Widerstandsbewegung. Es gab spontane Demonstrationen und Kundgebungen in ganz Deutschland. 10.000 Teilnehmer am 28. Mai 1967 in Düsseldorf, Tausende in Frankfurt. Die Wut der Demonstranten war groß, die Wut der in Deutschland lebenden Migranten eskalierte an einigen Stellen mit dem Ruf nach Waffen.

Voukelatos entgegnete auf der Frankfurter Kundgebung: ‘Unsere Waffen sind die SPD und der DGB; sie sind stärker als die Panzer der Junta.’

„Im Ausland habe man das Privileg, sich zu widersetzen, Widerstand zu leisten, ohne vor einem existenziellen Dilemma zu stehen. Im eigenen Land leider so nicht.“

Anlässlich des Jahrestages der Machtergreifung fanden am 21. April 1968 in vielen Großstädten Demonstrationen gegen den Faschismus in Griechenland statt.

Bei den Veranstaltungen in Frankfurt am Main und Hannover, die auf Initiative der Aktionsgemeinschaft Freiheit und Demokratie für Griechenland vom DGB veranstaltet wurden, traten als Hauptredner, der im Exil lebende frühere Minister der Zentrumsunion Andreas Papandreou und das DGB Vorstandsmitglied Günther Stephan auf.

Die Griechen bereiteten Andreas Papandreou in Hannover einen stürmischen Empfang. Auf Schultern getragen, grüßte er die 4.000 Demonstranten, die anschließend mit ihm durch die hannoversche Innenstadt zogen und mit Sprechchören und Transparenten wie „Es lebe Papandreou“, „es lebe der DGB“, „es lebe die Solidarität“, „Für ein freies Griechenland in einem freien Europa“ ihre Entschlossenheit, für die Demokratie in Griechenland zu kämpfen, demonstrierten.

Jeder Satz der Redner auf der Kundgebung wurde durch immer neue Sprechchöre begleitet. Mit der spontanen Begeisterung wurde der Wille der Teilnehmer für den Freiheitskampf zum Ausdruck gebracht.

Der DGB Landesvorsitzende und spätere niedersächsische Landesminister Helmut Greulich nannte die Militärdiktatur in Griechenland ein „Krebsgeschwür im freien Europa“, zu deren Beseitigung alle demokratisch gesinnten Kräfte beitragen müssten.

Für die Niedersächsische Landesregierung solidarisierte sich Sozialminister Kurt Partzsch mit den Kundgebungsteilnehmern.

Papandreou fordert das westliche Ausland auf, das Militärregime völlig zu isolieren. Dann würden in drei Monaten demokratische Verhältnisse in Griechenland herrschen. Ansonsten könnte ein Bürgerkrieg die unvermeidliche Konsequenz sein.

Wir wissen, dass der Westen in Europa und auch der Osten nicht konsequent genug waren. Es dauerte mehr als 3 Monate, es dauerte bis zum 23. Juli 1974.

7 Jahre Diktatur hatten das Land verändert. Wunden waren geschlagen.

Für uns in Deutschland war wichtig, dass es einen demokratischen Neubeginn gab. Und es war ein besonderes Zeichen der 68er, Solidarität zu beweisen, in großer Zahl aufzustehen, wenn es darum ging, Menschen- und Freiheitsrechte und Demokratie zu verteidigen.

Das muss immer wieder geschehen, ganz gleich, wo auf der Welt Unrecht geschieht.

1967 Griechenland: Diktatur, Verhaftungen, Gleichschaltung-

Heute Türkei: Verhaftungen, Gleichschaltung, auf dem Weg in die Präsidialdiktatur.

Was machen wir?

Der Autor:

Dr. h.c. Herbert Schmalstieg

geboren 1943, nach einer Ausbildung zum Sparkassenkaufmann und einem Abendstudium an der Werbefachlichen Akademie war er als Sparkassenbetriebswirt Abteilungsdirektor bei der Stadtparkasse Hannover. Nach zahlreichen Funktionen bei den Jungsozialisten und in der SPD auf lokaler, Landes- und Bundesebene wurde er im Januar 1972 mit 28 Jahren Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover. Dieser Amt hatte er bis Oktober 2006 inne.

Er war Präsident des Niedersächsischen Städtetages, drei Jahrzehnte im Präsidium des Deutschen Städtetages, von 1986 bis 1989 deren Präsident. Von 1983 bis 2006 Vizepräsident der "Mayors for Peace"; in dieser Funktion hat er im Mai vor der UNO-Vollversammlung gesprochen. Ihm wurden viele nationale und internationale Ehrungen zuteil, darunter auch der Commandeur de l'Ordre du Phénix Griechenland und der Goldene Alexander I. Klasse der Fachhochschule Thessaloniki, sowie Ehrendoktorwürden, u. a. der Universität Bristol und die Ehrenprofessur der Tongji Universität Shanghai. Er ist Ehrenbürger von zahlreichen Städten weltweit.